



Fragekatalog WAV

Allgemein:

Wie sind sie mit der Zusammenarbeit mit ICMPD zufrieden?

Im Allgemeinen sind wir mit der Zusammenarbeit mit ICMPD als Implementierungspartner zufrieden; diese wird projekt-orientiert evaluiert und kann daher je nach Kontext, Land und Projekt variieren. Die Schweiz arbeitet im Migrationsbereich mit zahlreichen Organisationen zusammen (UNO-Agenturen bis hin zu lokalen NGOs). In Zusammenarbeit mit ICMPD unterstützt das SEM oft Gouvernanz- und/oder Kapazitätsentwicklungs-Projekte und verfolgt dabei meistens einen langfristigen, partnerschaftlichen, bedarfsorientierten und Gesamtregierungs-Ansatz. So arbeitet das SEM in der Türkei z.B. bereits seit Jahren mit ICMPD zu verschiedenen Migrationsthemen zusammen.

Nebst der Umsetzung von Projekten stellt ICMPD auch die Sekretariate der verschiedenen regionalen Migrationsdialoge sicher (Rabat Prozess, Khartum Prozess und Budapest Prozess). Die Zusammenarbeit in diesen Prozessen ist gut und professionell.

Kritiker:innen werfen ICMPD vor, mangelhafte Sorgfaltspflichten zu haben und in Menschenrechtsverletzungen involviert zu sein, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit der Libyschen Küstenwache. Zudem habe die Organisation schwache Monitoring-Mechanismen und ungenügende Schutzprotokolle. Die Kontrollfunktionen seien erheblich schwächer als beispielsweise bei UN-Organisationen wie UNHCR. Die Organisation diene dazu, problematische Programme der Migrationskontrolle im Dienst europäischer Staaten auf Kosten von Grundrechten durchzuführen. Wie beurteilt das SEM solche Vorwürfe?

Die anonyme Kritik wirkt pauschal. Eine mangelhafte Sorgfaltspflicht seitens ICMPD können wir so generell nicht beobachten; die einzelnen Projekte werden vom SEM und wo möglich durch unsere Vertretungen vor Ort eng begleitet und evaluiert. Im Falle eines Verdachts auf mangelhafte Sorgfaltspflicht oder andere Unregelmässigkeiten würde dieser sofort mit dem ICMPD-Team vor Ort besprochen; falls erforderlich, sehen unsere Verträge mit den Implementierungspartner auch die Möglichkeit eines Projektabbruchs vor.

Organisationen, die im Migrationsbereich tätig sind, bewegen sich von Natur aus in sensiblen Kontexten. Das SEM will mit seinem internationalen Engagement zu einer besseren Migrationsgouvernanz und zur Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien beitragen. Risiken können in schwierigen Kontexten aber nie ganz eliminiert werden. Die Alternative wäre, keine solchen Projekte zu lancieren.

Das SEM legt deshalb Wert auf ein professionelles Monitoring der Projekte. Wir stehen zu diesen Themen mit allen Umsetzungspartnern laufend in Kontakt und begrüßen, dass ICMPD Ende 2023 einen Reformprozess initiiert hat, wobei u.a. neue Projektmanagement-Standards eingeführt wurden und eine menschenrechtsbasierte Compliance Policy Anwendung finden soll.

Bosnien:

Das Audit hält fest, dass die Auswahl des «Short Term Expert» (STE) nicht entlang der Einstellungsstandards erfolgte. Dies, weil er gleichzeitig bei der Firma angestellt war, die später den Zuschlag für das Projekt erhielt und dies nicht deklarierte. Die Kriterien waren mutmasslich auf das Unternehmen zugeschnitten, welches den Zuschlag erhielt. Hätte ICMPD seine eigenen Standards befolgt, dann wäre das Doppelmandat aufgefallen. Demnach war die Einstellung des STE wie auch der Zuschlag des Projektes an die Firma Page entgegen den Vergabestandards. Der Fehler lag eindeutig bei ICMPD. Die Organisation verletzte ihre Sorgfaltspflicht. ICMPD verlangte nur mangelhafte Dokumentation der Firma und deren Angestellten. ICMPD hat nicht alle nötigen Dokumente angefragt, insb. nicht das Zertifikat der Rentenversicherungsanstalt. Dieses hätte eine komplette Liste der Mitarbeitenden von



Page beinhaltet, auf der auch der STE aufgetaucht wäre. Auch hat ICMPD beim vermeintlichen Arbeitgeber, den der STE angegeben hat, keine Arbeitsbetätigung eingeholt: «ICMPD did not respect and abide by all laws and regulations in force in the country of its operation by failing to request that the STE provide a written consent from the institute for his additional engagement.»

- Wie beurteilen Sie die Angelegenheit?

Das SEM nimmt die Ergebnisse des Audits sehr ernst. Der Bericht kommt zum Schluss, dass es bei der Durchführung des Projekts zu Unregelmässigkeiten gekommen ist. Er bestätigt, dass der Short Term Expert (STE), welcher von ICMPD mit der Ausarbeitung der Ausschreibungs-Terms of References (ToR) beauftragt wurde, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages mit ICMPD bereits bei Page beschäftigt war, ohne dies offengelegt zu haben. Das Vorgehen bei der Vergabe des Auftrags hat das SEM als rechtswidrig taxiert; die beschaffungsrechtlichen Grundsätze sehen klar vor, dass Anbieter, die massgeblich an der Erarbeitung einer Ausschreibung mitbeteiligt sind, wegen Vorbefassung kein Angebot einreichen können.

Entlang der Nulltoleranz-Linie war dieses Ergebnis des Auditberichtes ausschlaggebend dafür, dass das SEM die Projektunterstützung eingestellt hat.

- Wie beurteilen Sie die Rolle der Schweiz in dem Vorfall?

Das SEM begleitet und überwacht Projekte, die es finanziert. Angesichts der festgestellten Unregelmässigkeiten hat das SEM unverzüglich reagiert, indem das Projekt sistiert und die externe Prüfung in Auftrag gegeben wurde, um die Vorfälle gründlich zu untersuchen und aufzuklären.

- Die Einstellung des STE erfolgte auf Empfehlung aus dem Sicherheitsministerium. Aus welcher Abteilung genau? Erfolgte die Empfehlung aus dem Umfeld von Minister Rizvo und/oder von diesem selbst?

Das SEM äussert sich nicht zu Einzelpersonen in der Annahme, dass diese die Interessen des Sicherheitsministeriums vertreten. Zudem waren im Rahmen dieses Projekts die vertraglichen Verpflichtungen des SEM auf ICMPD beschränkt. ICMPD war für die Durchführung des Projekts verantwortlich.

- Der STE war laut Audit seit 2021 bei der entsprechenden Firma angestellt. Diese hat zudem enge Verbindungen ins Ministerium, aus dem die Empfehlung kam. Es ist schwer vorstellbar, dass die im Sicherheitsministerium nicht bekannt war. Stimmen sie dem zu?

Das SEM kann keine Spekulationen über das Wissen oder die Absichten des Sicherheitsministeriums anstellen.

Sie sprachen uns gegenüber von klaren Versäumnissen von ICMPD. In seiner öffentlichen Stellungnahme lässt die Organisation aber verlauten, die Untersuchung ergab kein «keine offensichtlichen Unregelmässigkeiten oder Fehlverhalten». Dieser Darstellung steht dem Audit entgegen, welches eindeutiges Fehlverhalten vonseiten ICMPD feststellte.

- Dabei handelt es sich vonseiten ICMPD um Missinformation. Stimme sie zu?
- Wie beurteilen sie diese Aussage von ICMPD?
- Kann einer Organisation, die ihr eigenes Fehlverhalten in Abrede stellt und die Öffentlichkeit mutmasslich fehlinformiert, mit so grundrechtssensitiven Aufgaben betraut werden, wie sie es derzeit ist?
- Vor diesem Hintergrund: zieht die Schweiz weitere Schritte in Erwägung? Falls ja, welche?



Das SEM bestätigt, dass es bei der Umsetzung des Projekts zu Unregelmässigkeiten gekommen ist. Die Wahrnehmung von grundrechtssensitiven Aufgaben erfordert höchste Integrität und Verlässlichkeit. Wir nehmen die Bedenken bezüglich der Transparenz und des Fehlverhaltens ernst und suchen mit Implementierungspartnern konstant das Gespräch, um sicherzustellen, dass die erforderlichen Standards jederzeit eingehalten werden.

Das SEM und das Audit werfen dem ICMPD vor, dass sie, weil sie die Anstellungsverhältnisse des STE nicht ausreichend geprüft haben, ihre eigenen Richtlinien & internen Standards aber auch „beschaffungsrechtliche Grundsätze“ verletzt hätten. Das ICMPD sagt aber, es gibt keine (rechtliche & interne) Verpflichtung, dass sie die Angaben des STE nachprüfen müssten – auch wenn es gut gewesen wäre das zu tun. Welche konkreten „beschaffungsrechtlichen Grundsätze“ oder ICMPD-internen Standards hat ICMPD verletzt?

Die beschaffungsrechtlichen Grundsätze sehen vor, dass Anbieter, die massgeblich an der Erarbeitung einer Ausschreibung mitbeteiligt sind, wegen Vorbefassung kein Angebot einreichen können.

Bedenken rund um ein Doppelmandat des STE gab es laut Audit bereits im September 2022. Gab es ähnliche Bedenken oder Hinweise bereits vorher (bspw. beim Treffen zum Beschaffungsprozess im März 2022)? Das Audit kritisiert dabei, dass keine ausreichenden Untersuchungen unternommen wurden, um die Hinweise zu klären. Warum nicht?

- Es entsteht der Eindruck, dass das Projekt eher noch rasch fertiggebracht werden sollten, anstatt die Vorwürfe ernsthaft zu prüfen, steht im Audit. Was sagen sie dazu?

«Eindrücke» kommentieren wir grundsätzlich nicht.

Fakt ist, dass die Rolle des STE bereits im Rahmen der Sitzung des Projektleitungsausschusses (Dez 2022) diskutiert wurde. Dabei wurde der Projektleitungsausschuss informiert, dass der mit der Ausarbeitung der «Terms of Reference» beauftragte STE nach der Ausschreibung von dem Unternehmen eingestellt wurde, welches diese gewonnen hatte. Aufgrund dieser geschilderten zeitlichen Abfolge erachtete der Projektleitungsausschuss die Anstellung damals für unproblematisch. Wie das SEM jedoch später aus dem Auditbericht erfuhr, war der STE bereits vor der Ausschreibung beim betreffenden Unternehmen beschäftigt.

8. Februar 2023: Detaillierte Vorwürfe erreichen die CH-Botschaft. Die drehen sich um die Doppelrolle des STE und beschreiben dies als Korruption, sowie rücken diese das Verhältnis von Personen des MoS mit der begünstigten Firma ins Licht und thematisieren die Kriterien in Tender 1&2. Danach reagierte das SEM umgehend und stoppte das Projekt und löst eine Untersuchung aus. Beim Audit entsteht der Eindruck: Die Rolle des STE wurde gründlich untersucht, jedoch nicht der zweite Aspekt, die Verhältnis von Personen des Sicherheitsministeriums mit der begünstigten Firma. Warum wurde dieser Aspekt nicht genauer untersucht? Und was sagen Sie zu diesen Verbindungen?

«Eindrücke» kommentieren wir grundsätzlich nicht.

Das SEM stand im Vertragsverhältnis mit ICMPD. Der gemachte Korruptionsvorwurf lässt darauf schliessen, dass Gelder veruntreut wurden. Aus diesem Grund wurde das Audit in Auftrag gegeben und danach die Finanzierung des Projekts gestoppt.

Das SEM kann keine Spekulationen über die Verbindungen von Angestellten des Sicherheitsministeriums und der begünstigten Firma anstellen und ist auch nicht befugt, diese direkt zu untersuchen.

Im Audit entsteht der Eindruck, dass die Firma Page bewusst verschleiert hat, dass der betroffene STE bei ihr angestellt ist. Die Firma schickte nur eine Übersicht über die Anzahl Mitarbeitende, aber nicht



die Namen davon, resp. später eine Liste mit gewissen Mitarbeitenden, in der der Betroffene jedoch nicht aufgeführt war. Teilen sie diesen Eindruck?

«Eindrücke» kommentieren wir grundsätzlich nicht.

Das SEM stellt keine Spekulationen über die Beweggründe von Page an. Sobald bekannt wurde, dass der STE sowohl bei Page als auch ICMPD gleichzeitig angestellt war, hat es das Projekt sistiert, das externe Audit in Auftrag gegeben und die Finanzierung des Projekts vorerst unter- und letztlich abgebrochen.

Das Audit kommt zum Schluss, dass der co-Vorsitzende des Project Steering Committee (PSC) durch Naheverhältnisse unangebrachten Einfluss auf das technische Komitee hätte nehmen können. Sind sie diesem Vorwurf nachgegangen? Und welche Person konkret hat dies betroffen? Handelt es sich beim co-Vorsitzenden um Samir Rizvo?

Das SEM äussert sich nicht zu einzelnen Angestellten des Sicherheitsministeriums.

Page wurde von einem ehemaligen Behördenmitarbeiter gegründet und verdient sein Geld hauptsächlich mit Projekten dieser Art. Haben sie das gewusst? Hätte das nicht bei einem Assessment zur Sprache kommen müssen? Kam das zur Sprache? Und falls ja: warum wurde das Geschäft trotzdem beschlossen?

Das SEM war darüber nicht informiert.

ICMPD erhält im Audit ein schlechtes Zeugnis:

- ICMPD folgte eigenen Standards nicht und ermöglichte damit die Konstellation.
- ICMPD wich von Standards und seinen internen Vergaberegeln ab.
- ICMPD unternahm nichts oder nichts ausreichendes, nachdem sie Informationen über möglichen Interessenskonflikt erhielten.
- ICMPD verschweigt in der öffentlichen Kommunikation das im Audit festgestellte Fehlverhalten.

Wie beurteilen sie diesen Hintergrund insbesondere auf noch laufende, aber auch hinsichtlich zukünftiger Projekte?

- Uns gegenüber haben sie gesagt, die Organisation zeige sich einsichtig. In der öffentlichen Kommunikation von dieser Woche war davon aber wenig zu lesen. Untergräbt das nicht die Glaubwürdigkeit von ICMPD?

Das SEM kommentiert nicht die Kommunikation von Umsetzungspartnern.

- Sie sagten uns gegenüber, in Bosnien werden sie gerade keine Projekte mit ICMPD mehr durchführen. Gilt das auch für andere Länder oder Regionen?

Aktuell finanziert das SEM keine Projekte in BiH, die von ICMPD umgesetzt werden. Momentan sind auch keine in Planung. In anderen Ländern/Regionen (vgl. Liste) werden Projekte durch ICMPD umgesetzt.

Auch die EU hat ein Projekt in Bosnien, welches deutlich umfassender ist und mit der gleichen Firma abgewickelt wird. Haben Sie EU-Institutionen das Audit weitergegeben? Waren sie in der Angelegenheit mit OLAF in Kontakt?



Der Bericht wurde bisher nicht an Dritte weitergegeben.

Kosovo:

Wie beurteilen Sie das Projekt in Kosovo?

Im Rahmen der Migrationspartnerschaft wurde das Projekt von den kosovarischen Behörden gewünscht. Das SEM zeigte sich bereit, dieses zu finanzieren und als Umsetzungspartner haben sich die beiden Parteien auf ICMPD geeinigt. Bei der Umsetzung des Projekts kam es zu Abweichungen von der Planung, die während der Projektentwicklung vorgesehen war. Kurzfristige Anpassungen und Abweichungen von den ursprünglichen Plänen sind auch bei anderen Projekten nicht unüblich. Entscheidend ist dabei, dass diese transparent und sorgfältig dokumentiert werden. ICMPD hat uns während des Projekts kontinuierlich über die Herausforderungen in der Umsetzung informiert.

Dabei ging es um den Ausbau der biometrischen Infrastruktur Kosovos für Migrationsmanagement. Insbesondere um Migration stärker zu kontrollieren und den Grenzschutz zu stärken. Erklärtes Ziel ist die Angleichung an die Schengen-Standards, insbesondere den Eurodac. Damit soll in Zukunft ein regionales System ähnlich dem Eurodac geschaffen werden. Könnten dank diesem und bei entsprechenden regulatorischen Entwicklungen eines Tages vermehrt Personen aus Drittstaaten, die über den Kosovo in die Schweiz kommen, in den Kosovo zurückgeschafft werden, sofern diese dort Fingerprints haben, als sicherer Drittstaat quasi? Sind das Ziele, die im Rahmen des Ausbaus der Biometrie in Ländern wie Bosnien für die Schweiz ein Grund sind, in solche Projekte zu investieren?

Diese Ziele wurden bei der Finanzierung des Projekts nicht verfolgt.

Das Projekt hatte von Beginn weg Probleme: Mehrfach musste von den ICMPD Beschaffungsstandards abgewichen werden. Die Abweichung wurde mehrmals gewährt. Wie beurteilen sie die Probleme?

Vgl. weiter oben – bei der Umsetzung von Projekten können kurzfristige Anpassungen und Abweichungen von den ursprünglichen Plänen durchaus vorkommen. Gemäss internen ICMPD-Vorschriften ist eine direkte Auftragsvergabe unter aussergewöhnlichen Umständen und bei entsprechender Begründung möglich. Im vorliegenden Fall war das ausgewählte Unternehmen der einzige Vertriebshändler für die von der kosovarischen Behörde gewünschte Ausrüstung.

Der Abschlussbericht vermittelt den Eindruck von unprofessioneller Projektführung: Der Beschaffungsprozess wird auf wenige Firmen eingegrenzt. Warum wurde er trotzdem durchgeführt?

Vgl. vorherige Antwort. Und: «Eindrücke» kommentieren wir grundsätzlich nicht.

Die Kosovo Border Police informierte darüber, dass nur ein Unternehmen berechtigt war, die AFIS-Systeme aufzusetzen. Die danach erhaltene Offerte für Fingerprints Scanner war 10 mal höher als der budgetierte Betrag. Was beurteilen sie das?

Vgl. vorherige Antwort.

Was die Gesamtkosten der Fingerabdruckscanner anbelangt, so wurde die erste Kostenschätzung auf der Grundlage der Angaben der Grenzpolizei des Kosovo aus den verfügbaren Informationen im Frühjahr 2020 vorgenommen. Neue Preisschätzungen wurden im April/Mai 2021 angestellt, nachdem das Projekt angelaufen und die Marktforschung abgeschlossen war.

Auch bei den Tablets wurde von den Beschaffungsrichtlinien abgewichen und auf nur ein Unternehmen eingegrenzt. Auch hier kam der Kauf nicht zustande. Wie beurteilen sie diese Abweichungen von



Beschaffungsrichtlinien? Warum wurden die gewährt? Wurde geprüft, ob es sich nicht um eine Bevorzugung handeln könnte? Falls ja, wie?

Gemäss internen ICMPD-Vorschriften ist eine direkte Auftragsvergabe unter aussergewöhnlichen Umständen und bei entsprechender Begründung möglich.

Nach erneuter Ausschreibung wurde die Beschaffung durchgeführt. Doch nach Lieferung festgestellt, dass die Lizenzen nicht mehr kompatibel waren mit den Anforderungen des AFIS-Systems. Wie konnte das passieren? Nachträglich wurde Kompatibilität hergestellt. Sind die Geräte heute im Einsatz?

Das ICMPD-Projektteam stimmte sich mit den Vertretern der Grenzpolizei sowohl während des Ausschreibungsverfahrens als auch in allen anderen Phasen des Projekts ab. Die Informationen über die Kompatibilität der Geräte bezogen sich auf Aktualisierungen der Software. Die Anforderung hierfür wurde dem ICMPD im Juni 2022 mitgeteilt. Der ICMPD forderte den Auftragnehmer auf, die Lizenzen ohne zusätzliche Kosten zu aktualisieren, was der Auftragnehmer akzeptierte und durchführte.

Sind das nicht ausserordentlich viele Unregelmässigkeiten für ein Projekt? Wie erklären sie diese? Wie beurteilen sie die Arbeit von ICMPD in dem Projekt?

Da zwischen der Projektentwicklung und der Projektdurchführung einige Zeit verstrich, kam es zu mehreren Anpassungen im Projekt. In allen Projektphasen fanden die notwendigen internen und externen Konsultationen statt. Alle relevanten Informationen wurden mit dem SEM konsultiert. Das Projektteam stellte fest, dass es bei der Durchführung des Projekts zu gewissen Herausforderungen kam, die sich aus der Forderung des Begünstigten ergaben, jene Ausrüstung zu beschaffen, die kompatibel ist und mit der die Polizeibeamten bereits vertraut waren.

Libyen

Am 31. May 2022 ist im Hotel Radisson Blu in Tripoli ein hochrangiges Treffen: Delegierte der Schweizer Botschaft in Tunis sind da, der «Head of Operations» der EU-Delegation von Libyen, zahlreiche Vertreter:innen der internationalen Organisation ICMPD und verschiedene Vertreter:innen libyscher Behörden, darunter auch der Vorsitzende vom «National Team for Border Security and Management» (NTBSM) oder der erste Sekretär vom Ministerium für Migration. Unter den Besuchenden sind zahlreiche Vertreter:innen von libyschen Institutionen, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant:innen verantwortlich sind. Hat die Schweiz in dem Rahmen explizit auf nachhaltige und nachvollziehbare Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Migrant:innen gefordert? Falls ja: in welcher Weise und mit welchen Worten? Falls nicht: warum nicht?

Bei dem besagten Treffen handelte es sich um das erste Treffen des Steuerungsausschuss des Projekts, bei welchem alle involvierten Akteure die vorgesehenen Projektaktivitäten und den Arbeitsplan diskutierten. Das Projekt sah verschiedene Ausbildungen im Bereich Migrationsmanagement vor, welche sich auf internationales Recht und Menschenrechte basieren. Ziel des Projekts war es also, die Achtung der Grundrechte zu stärken.

Welche Rolle spielt die NTBSM im Projekt? Erhalten sie direkte Benefits? Wenn ja: Welche? Teil von NTBSM ist auch die libysche Küstenwache und andere Einheiten des Grenzschutzes. Wie wird berücksichtigt, dass diese in schwere Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind?

NTBSM war Teil des Steuerungsausschuss und verschiedene Vertreter nahmen an verschiedenen Ausbildungsmodulen teil. Ansonsten hat die Institution keine Benefits des Projekts erhalten.



Die Schweiz finanziert Infrastruktur für Migrationsmanagement in Libyen. Sie finanziert zwei Stellen von sogenannten «Beratern». Wer sind die und zu welchen Behörden pflegen die Kontakte? Was ist ihre genaue Aufgabe?

Siehe unten

Ebenfalls finanziert die Schweiz Laptops, Handy und sogar Satellitentelefone für das Migrationsmanagement in Libyen. Wie stellt die Schweiz sicher, dass diese nicht für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden?

Das besagte Equipment wurde vom ICMPD-Projektteam benötigt und verwendet und den libyschen Behörden weder übergeben noch zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls wurden im Rahmen des Projekts verschiedene sogenannte «Short Term Experts» eingestellt. Wurden damit ehemalige oder gegenwärtige Mitglieder libyscher Grenzschutzbehörden bezahlt? Und: Mit welchen Behörden und zu welchem Zweck wurde im Rahmen des Programms zusammengearbeitet?

Die Short Term Experts sind Zivilpersonen und Experten in ihrem jeweiligen Themenbereich. Die insgesamt 24 libyschen und internationalen Experten haben als Referenten, Ausbilder und Moderatoren an Workshops und Schulungen sowie als Forscher und Autoren an den vom Projekt in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten teilgenommen.

Unter anderem gab es im Projekt folgende Stellen:

- Project Coordinator TUN // Migration Governance Component Lead TUN // Associate Project Officer TUN // National Project Assistant TUN // National Admin / Finance Officer in TUN:
 - Sind das Mitglieder des tunesischen Grenzschutzes oder Militär? Wenn ja: aus welchen Einheiten und welche Funktionen hatten die davor?

Nein, dabei handelt es sich um Zivilpersonen, meist aus europäischen Staaten, welche für die Projektumsetzung zuständig sind.

- National Associate Project Officer LYB // National Project Assistent LYB
 - Sind das Mitglieder des libyschen Grenzschutzes oder Militär? Wenn ja: aus welchen Einheiten und in welcher Funktion?

Nein, dabei handelt es sich um Zivilpersonen, welche für die Umsetzung des Projekts engagiert wurden.

- National project advisor // senior project advisor: Welchen Hintergrund hatten diese Advisor?

Dabei handelt es sich um Zivilpersonen aus dem akademischen Bereich (z.B. Professoren), welche das Projektteam mit ihrer jeweiligen Expertise bei Ausbildungsaktivitäten oder z.B. der Aufbereitung des Legal Guides on Migration unterstützten.

Local Office in Tripoli: Wo befindet sich dieses? Ist das in den Räumlichkeiten libyscher Behörden? Wenn ja: welcher?

Das lokale Büro von ICMPD in Tripoli befindet sich in einem Wohn- und Geschäftsgebäude.



«Expert recruitment and contract management» sowie «Service Providers»: Wurden im Rahmen des Programms auch frühere oder gegenwärtige libysche Behörden- Grenzschutz- oder Militärmitglieder eingestellt? Falls ja: aus welchen Behörden/Einheiten?

Siehe oben

Short Term Experts: Wer wurde für wie viele Tage eingestellt? Waren das frühere oder gegenwärtige Mitglieder libyscher Behörden oder Grenzschutzeinheiten? Wenn ja: Welcher?

Siehe oben

Allgemein: Mit welchen libyschen Behörden und/oder Grenzschutzeinheiten wurde im Rahmen des Programms zusammengearbeitet?

Alle Projektaktivitäten wurden vom libyschen Aussenministerium koordiniert und genehmigt. Insgesamt nahmen 278 Vertreter/-innen aus 13 staatlichen Institutionen an den 35 Projektaktivitäten teil, davon hauptsächlich aus dem Aussen- und Innenministerium sowie der Staatsanwaltschaft.

Bei den Projektaktivitäten handelte es sich um Workshops, Trainings, Meetings, Begleitung zu multilateralen Migrationsdialogen sowie die Erarbeitung von Wissensprodukten zur Unterstützung der Migrationspolitik (Guides, Studies, etc.).

«Purchase of laptops, mobile phones and office/training equipment»: Was genau wurde gekauft? Und an wen wurde es in Libyen und Tunesien geliefert? Welche Position hatten die Nutzer:innen der Produkte? «Security related communication devices in Tripoli (Radio UHC / Sat-Phones/ISIS)»: Was genau wurde gekauft und an wen wurde das geliefert? Welche Position hatten die Nutzer:innen der Produkte und wofür wurden die verwendet?

All diese Geräte waren für den Gebrauch durch das Projektteam bestimmt und nicht für die libyschen Behörden.

In Libyen werden bekannterweise systematische Verbrechen gegen Migrant:innen begangen. Die sind gut dokumentiert und ereignen sich auf dem Meer und an Land. [Migrant:innen werden beschossen, Seenotrettungsorganisationen bedroht und mit Warnschüssen konfrontiert Menschen systematisch in Lager eingesperrt](#) und jene [die protestieren angegriffen](#). Wie stellen Sie sicher, dass mit den von der Schweiz finanzierten Geräten und Infrastruktur keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden?

Wie erwähnt, wurde den libyschen Behörden kein Material übergeben.

Libanon

Ein Bericht der Libanesischen [Menschenrechtsorganisation CLDH](#) kritisiert das Engagement der Schweiz im Libanon im Rahmen eines ICMPD-Programmes. Der Bericht bezeichnet die Aktivitäten rund um «Gender Awareness» und den «Schutz von vulnerablen Migrant:innen, sowie den Fokus auf «freiwillige Rückkehr» als Feigenblätter. Das primäre Ziel sei der Ausbau von Grenzschutzkapazitäten. Es gehe insbesondere darum, das Image der Sicherheitsagenturen zu verbessern um Reibungen mit der lokalen Gemeinschaften zu vermeiden. Wird hier Grenzschutz als humanitäres Programm verkauft?

Das ist ein subjektiver «Eindruck», den wir nicht kommentieren.



Kontext: Die im Juni 2023 beendete Unterstützung der libanesischen Grenz- und Sicherheitsbehörden durch das SEM via ICMPD verfolgte das Ziel, das Bewusstsein der libanesischen Behörden für den Schutz der Menschenrechte von Flüchtlingen und Migrant:innen sowie für die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken. Diese Bereiche stellen integrale Bestandteile einer Stärkung der rechtsbasierten Grenzschutzkapazitäten eines Landes dar, wobei diesbezüglich aus Sicht der Schweiz, von ICMPD, aber auch der libanesischen Behörden noch Handlungsbedarf bestand.

Ihre Schlussfolgerung, dass durch die erfolgte Unterstützung der Schweiz «Grenzschutz als humanitäres Programm verkauft» wird, scheint uns vor diesem Hintergrund nicht angebracht. Vielmehr bestand das Ziel darin, die Achtung der Rechte von Flüchtlingen und Migrant:innen und die Geschlechtergleichstellung als wichtige Elemente des Grenzschutzes zu verankern. Ein solcher Prozess benötigt jedoch Zeit, die Resultate sind häufig nicht unmittelbar messbar. Trotzdem konnten dank der Unterstützung der Schweiz z.B. mit der Einrichtung einer Gender Unit in den Strukturen der Libanese Armed Forces (LAF) im Jahr 2022 auch bereits konkrete Fortschritte verzeichnet werden.

Der Bericht argumentiert, dass durch diesen Ansatz ein Unrechtsregime und systematische Menschenrechtsverletzungen eher legitimiert, anstatt eine effektive, menschenrechtskonforme Politik einzuführen. Was sagen sie dazu?

Vorbemerkung: Wenn man konsequent so argumentiert, müsste die Schweiz ihr Engagement in allen rechtsstaatlich fragilen Kontexten einstellen. Das SEM ist der Ansicht, dass wichtige Anliegen wie z.B. die Achtung der Menschenrechte oder die Gleichstellung der Geschlechter im gegenseitigen Austausch auf technischer Stufe (z.B. im Rahmen eines gemeinsamen Projekts) meist zielführender thematisiert werden können. Die Betonung der Wichtigkeit dieser Themen durch eine Migrationsbehörde, die teilweise mit ähnlichen operationellen Herausforderungen konfrontiert ist, stösst bei Behördenvertretenden in Partnerstaaten häufig auf mehr Resonanz als ein losgelöstes Statement auf hochrangigem Niveau.

Konkret fehle es an Rechenschaftsmechanismen: Die Schweiz habe beispielsweise einen Ort für vulnerable Personen beim Masnaa Grenzübergang eingerichtet. Dieser sei aber für andere Zwecke als die ursprünglichen genutzt worden, beispielsweise als um Autos zu parken. Ist ihnen das bekannt? Wie stellen Sie sicher, dass nicht unter dem Vorwand von Menschenrechtsschutz Infrastruktur aufgebaut wird, die nachher für Grenzschutzaktivitäten genutzt wird? Was sagen sie zum Vorwurf der fehlenden «Follow up Mechanisms», wie auf Seite 20/21 des Berichts beschrieben?

Das trifft nicht zu. Die Umsetzung der SEM-finanzierten Projekte im Libanon wurde eng von der/dem in Beirut stationierten Immigration Liaison Officer (ILO) der Schweiz begleitet. Neben regelmässigen Austauschen zwischen dem SEM (ILO), ICMPD und den beteiligten libanesischen Behörden zur Besprechung des Projektstandes und der nächsten Schritte erfolgte eine regelmässige Berichterstattung von ICMPD an das SEM (mindestens alle zwei Monate).

Zum Grenzübergang Masna'a: Im Rahmen der Projektbegleitung besuchte der damalige ILO die dortige Infrastruktur. Nach Projektabschluss wurde ICMPD informiert, dass in dem Unterstand Autos geparkt waren. ICMPD wandte sich daraufhin an die General Security (GS), die in ihrer offiziellen Antwort bestätigte, dass der Unterstand für die vorgesehenen Zwecke genutzt werde und nur in Ausnahmefällen für andere dringende Bedürfnisse. Eine darauffolgende Stichprobe von ICMPD sowie der Besuch des Grenzübergangs durch einen SEM-Vertreter im Januar 2020 bestätigte, dass die Infrastruktur gemäss Abmachung genutzt wurde.

Ebenfalls heisst es, dass nur die Trainings immer diesselben Personen betreffe, sprich dass letztendlich nur ein kleiner Teil des Personals der unterschiedlichen Agenturen entsprechend ausgebildet werde, was den Impact des Projektes schmälere. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Im Rahmen des Projekts «Swiss Support to Integrated Border Management in Lebanon (Phase 3)» achtete ICMPD darauf, dass an jedem Training andere Personen teilnahmen, um die Wirkung zu maximieren und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Es nahmen einzig Personen mehrmals an einem Kurs



teil, die im Rahmen des Kurses «Training of Trainers» (ToT) als Trainer ausgewählt wurden und deshalb an allen Ausbildungen teilnehmen mussten, um ihre Rolle entsprechend erfüllen zu können.

Ebenfalls finden Sie im Anhang eine Sammlung an Zitaten, die auf der Mitschrift unseres Gesprächs vom Frühling basieren, so wie wir das damals vereinbart haben. Gerne können sie diese kommentieren und anpassen. Bei Fragen oder Unklarheiten oder Rückmeldungen, kommen Sie bitte jederzeit auf mich zu. Ich bedanke mich herzlich für ihre grossen und geschätzten Bemühungen in der Angelegenheit und freue mich, von Ihnen zu hören.